

Darmstadt für eine attraktive und lebenswerte Zukunft rüsten

Anforderungen der Wirtschaft an die kommunale Haushaltspolitik

Vorrangiges Ziel der Kommunalpolitik muss es sein, Darmstadt finanziell und damit politisch wieder handlungsfähig zu machen. Die Stadt muss über das Stopfen akuter Haushaltslöcher hinaus wieder in die Lage versetzt werden, Darmstadt zukunftsfähig zu gestalten. Die Wirtschaft unterbreitet in diesem Papier Vorschläge zur strukturellen Haushaltskonsolidierung.

Um das Vertrauen der Bürger und der Unternehmen in die Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Stadt Darmstadt zurück zu gewinnen, sind fünf Punkte besonders wichtig:

- 1) Kurzfristig das laufende strukturelle Defizit in den Griff bekommen.
- 2) Modernisierung der Verwaltung, die sich einer kritischen Aufgabenkritik unterzieht und ihren Auftrag effizient ausführt.
- 3) Die Schuldenlast (mehr als eine halbe Milliarde Euro) drastisch senken.
- 4) Investitionen in die Zukunft haben Priorität und müssen schon mittelfristig wieder möglich werden.
- 5) Mobilisierung von Vermögen für strukturellen Umbau des Haushalts,

Es muss sichtbar werden, dass Magistrat und Stadtverordnetenversammlung tatsächlich den Ernst der Lage erkannt haben und auf die Einsicht von Bürgern und Wirtschaft in die notwendigen Maßnahmen bauen. Nur so kann das Vertrauen der Bürger in die Problemlösungsfähigkeit der Kommunalpolitik wieder gewonnen und der Eindruck eines schleichenden, konzeptionslosen Abbaus von städtischen Leistungen ohne wirkliche Perspektive vermieden werden.

A. Schuldenlast erdrückend – Handlungsfähigkeit eingeschränkt

Der Haushalt der Stadt Darmstadt ist seit Jahren strukturell unausgeglichen - mit erheblichen Folgen für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt schon heute:

- Der Verwaltungshaushalt, aus dem die laufenden Leistungen bestritten werden müssen, ist strukturell defizitär. Für die laufenden Ausgaben mussten seit 2004 220,1 Mio. € an Krediten aufgenommen werden.
- Der Vermögenshaushalt, mit dem die Stadt Investitionen in die Zukunft finanzieren soll, ist mit Schulden in Höhe von 338 Mio. € in einer eklatanten Schieflage.
- Insgesamt hat die Stadt Schulden in Höhe von 558,1 Mio. €.

Die daraus resultierende Zins- und Tilgungslast schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt erheblich ein:

- Im Jahr 2007 muss die Stadt allein für Zinsen 20,3 Mio. € und
- für Tilgung weitere 16,5 Mio. € aufbringen.
- Allein die Tilgung der Kredite macht ein Viertel der gesamten Ausgaben des Vermögenshaushalts aus.
- Insgesamt stehen in diesem Jahr deshalb 36,8 Mio. € nicht für dringend benötigte Investitionen in die Zukunft zur Verfügung. Das sind rund 58% des Volumens des Vermögenshaushalts.

B. Haushalt in Ordnung bringen – Ausgaben senken – handlungsfähig werden

Im Hinblick auf die desolante Lage im Verwaltungshaushalt, die sich seit dem Jahr 2004 aufschaukelt und in den Genehmigungsaufgaben des Regierungspräsidiums ihren aktuellen Höhepunkt gefunden haben, müssen die Aufgaben der Stadt auf den Prüfstand: Jede Aufgabe und jede Beteiligung muss einer strikten Überprüfung hinsichtlich Notwendigkeit und Effizienz unterzogen werden. Welche Leistungen kann und will die Stadt gemessen an den Erfordernissen der Zukunft erbringen und wie kann dies im Bürgerinteresse effizient geschehen?

Darmstadt muss

- kurzfristig das laufende strukturelle Defizit in den Griff bekommen;
- die Verwaltung den Erfordernissen der Zukunft anpassen;
- die erdrückende Schuldenlast abbauen.

Hierzu ist es zwingend notwendig, dass die Stadt

- die laufenden Ausgaben zunächst zurückfährt;
- die Verwaltung reformiert;
- Vermögen mobilisiert.

Um aus dem Teufelskreis immer neuer jährlicher Defizite herauszukommen, sind erhebliche Einschnitte auf der Ausgabenseite nötig. Das aktuelle Defizit bei unerwartet hohen Einnahmen zeigt, dass Darmstadt ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem hat. Dies erzwingt eine radikale Aufgabenkritik. Hier ist die Politik gefordert, nicht mit der Rasenmähermethode den bequemen Weg zu wählen und den Mangel an vielen als wichtig erachteten Aufgaben noch zu verschlimmern. Sparen bedeutet nicht, notwendige Investitionen über Jahre zu strecken, sondern sich für eine Konzentration der Mittel zu entscheiden und Projekte zu priorisieren. Dies ist – unbestritten – politisch kein einfacher Weg.

Über das Einsparpotential im Haushalt gibt es zwar unterschiedliche Auffassungen:

Hessischer Rechnungshof:	26,9 Mio. €
Regierungspräsidium Darmstadt:	16,7 Mio. €

die vom Magistrat vorgesehenen Einsparungen von 3,8 Mio. € sind davon jedoch viel zu weit entfernt.

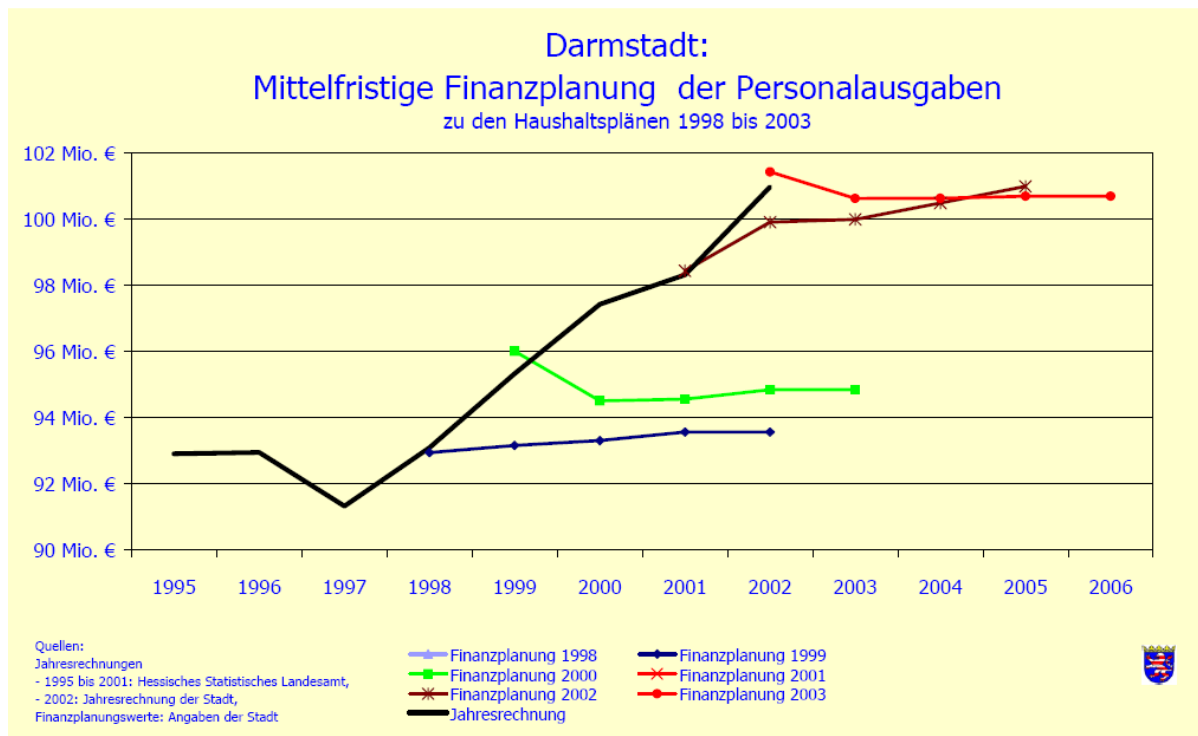
Bei den anstehenden Haushaltsberatungen sind daher drei Leitfragen zu beachten:

- **Aufgabenkritik:** Welche Aufgaben gehören zu den Kernaufgaben einer Stadt?
- **Effizienz:** Ist die Struktur der Verwaltung auch künftig zur effizienten Erledigung der Aufgaben geeignet?
- **Einkauf von Dienstleistungen:** Können einzelne städtische Dienstleistungen besser von anderen erstellt und eingekauft werden?

Zukunftsfähige Organisation der Verwaltung

Wie in jeder Organisation müssen auch in der Kommunalverwaltung gewachsene Strukturen regelmäßig auf den Prüfstand. Dies gilt erst recht in der aktuell schwierigen Situation. Darmstadt nimmt im Vergleich verschiedener Kennziffern in der Rangliste nur untere Plätze ein.

- Die Personalausgaben pro Einwohner sind in Darmstadt 120% über dem hessischen Durchschnitt und 21% über dem entsprechenden Größenklassenvergleich.
- Deshalb gilt es, die Personaldecke in der städtischen Verwaltung und Einrichtungen zu straffen.
- Personalreserven müssen zügig abgebaut werden.



Seit Jahren geht Darmstadt bei allen mittelfristigen Finanzplanungen nur von geringen oder gar stagnierenden Personalkosten aus (siehe Schaubild). Tatsächlich aber sind die Ausgaben ungebremst angestiegen.

Der Hessische Rechnungshof merkt in seinem 14. zusammenfassenden Bericht an: „Darmstadt ging bei der Planung von gering ansteigenden oder stagnierenden Personalausgaben aus. Diese niedrigen Steigerungsraten können als Konsolidierungsziele angesehen werden. Wenn die Finanzplanung als Steuerungsinstrument eingesetzt werden soll, sind die zukünftigen Ausgaben an den Planwerten zu orientieren.“

Nur mit einem klaren Konzept und straffer Personalplanung ist zu vermeiden, dass der Personalaufwand weiter aus dem Ruder läuft.

C. Zukunftsfähigkeit sichern – Vermögen mobilisieren

Wir wollen eine attraktive, lebenswerte Stadt, die für die Zukunft gerüstet ist. Auch die Wirtschaft hat kein Interesse an einer „Stadt des Mangels“, in der notwendige Investitionen aufgeschoben oder gar unterlassen werden.

Derzeit reduzieren sich die Gestaltungsmöglichkeiten jedoch auf die „Verwaltung des Mangels“. Um wettbewerbsfähig und attraktiv zu werden, brauchen wir aber:

- gute Schulen mit einer leistungsfähigen Verzahnung zur Jugendhilfe und zu Betreuungseinrichtungen sowie mit einem breiten Sprachenangebot – nicht erst für die nächste Generation wie im Schulsanierungsplan vorgesehen;
- leistungsfähige Kinderrippen und Kindertagesstätten mit einem aktiven Bildungsauftrag;
- einen öffentlichen Raum in gepflegtem Zustand, Ortskerne und Sehenswürdigkeiten, die tatsächlich sehenswert sind. Dazu gehört auch die Mathildenhöhe;
- eine belastbare Verkehrsinfrastruktur in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher;
- eine dynamische Stadtentwicklung, die Herausforderungen annimmt und die Mittel zur Umsetzung hat;
- sanierte Kanäle, die nicht länger als tickende Zeitbombe im Untergrund lauern;
- ein differenziertes und hochwertiges Kulturangebot;
- gepflegte und moderne Sporteinrichtungen.

All das ist möglich, denn Darmstadt ist trotz aller Schulden im Grunde vermögend! Dies wird die Eröffnungsbilanz zeigen. Für einen strukturellen Umbau des kommunalen Haushalts ist der Verkauf von Vermögensbeteiligungen unausweichlich. Vermögen darf jedoch nicht stückweise zur Finanzierung des jeweils laufenden Haushalts verzehrt werden. Vielmehr ist eine grundsätzliche Reform erforderlich, um einen Neubeginn ohne strukturelle Defizite zu ermöglichen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Veräußerung derjenigen Vermögensbeteiligungen zu empfehlen, die nicht zu den kommunalen Kernaufgaben zählen. Es ist darauf zu achten, dass bei einer Bereinigung der Beteiligungsverhältnisse der Stadt die komplexen Strukturen entflochten werden. Bei der Veräußerung können drei unterschiedliche Motive wirtschaftlich im Vordergrund stehen.

a) Verkauf von Vermögen, das schon räumlich oder sachlich kaum etwas mit den Aufgaben der Stadt Darmstadt zu tun hat. Zu prüfen ist beispielsweise ein Verkauf von:

- Stadtwerke Freiberg AG
- Industriekraftwerk Breuberg GmbH
- Stadtwerke Langen GmbH
- GBGE Gemeinnützige Baugesellschaft mbH, Erbach
- MW-Mayer GmbH Biomasse- und Reststoffverwertung
- Orgabo GmbH
- Odenwälder Wasser- und Abwasserservice
- VTA Technologie GmbH
- MRA Märkische Rohrleitungs- und Anlagenbau GmbH
- Enviro Mondial GmbH
- Enviro Chemie GmbH
- ENVIRO-Chemie AG/Schweiz
- ENVIRO-Chemie B.V./NL
- ENVIRO-Chemie Abwasserreinigungs-Gesellschaft/Österreich
- ENVIRO-Chemie Polska Sp.z.o.o
- ENVIRO-Chemie Romania SRL
- ENVIRO-Chemie GmbH/Russland
- DTS Wasser-Abwasser-Technik GmbH/Freiberg

- KTS Kanaltechnik Südhessen GmbH
- Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH
- HEAG MediaNet GmbH

Grundsätzlich sollte gelten, dass dort, wo unternehmensbezogene Strategien eine räumliche Ausdehnung über Darmstadt hinaus erfordern, sich die Stadt in gleichem Maße zurückzieht.

b) Verkauf von Vermögen, das heute nicht mehr zum Kernbereich der Daseinsvorsorge gehört und mit dessen Verkauf sich hohe Erlösen erzielen lassen. Z.B.:

- Citiworks AG
- SSG Starkenburg Service GmbH
- EAG Entsorgungs-AG
- ARGE Mainhardt/DED
- Bauverein AG, insbesondere die Teile des frei finanzierten Wohnungsbaus und des Gewerbebaus
- Anteile an der HSE, insbesondere Vertrieb, Handel und Erzeugung

c) Überprüfung von Einrichtungen, bei denen sich durch Beteiligung Dritter, (Teil-)verkauf oder Ausschreibung laufende Verluste vermeiden oder Kosten senken lassen. Z.B.:

- **Eigenbetrieb Bäder**

Das Halten von klassischen Hallenbädern und Lehrschwimmbecken ist nicht mehr zeitgemäß und in hohem Maße unwirtschaftlich. Wenn an dieser Stelle noch Aufgaben der Daseinsvorsorge gesehen werden, dann ist es wirtschaftlicher, Schulen oder Vereinen Zuschüsse zu den Eintrittsgeldern privater Bäder zu gewähren, bzw. entsprechende Nutzungsverträge zu schließen.

Der Verkauf sollte erfolgen, ehe aufgrund maroder Zustände keine Erlöse mehr zu erzielen sind.

- **Eigenbetrieb Klinikum Darmstadt**

Zumindest unterstützende Funktionen können wirtschaftlicher an Dritte abgegeben werden. Welchen Nutzen die Bürger aus der Wahrung politischem Einfluss auf den Betrieb des Klinikums ziehen sollen, ist uns allerdings unklar. Der große Investitionsstau und die laufenden Defizite legen privatwirtschaftliche Lösungen zur Sicherung der Vorsorge nahe.

- **HEAG Mobilo GmbH**

Die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs ist durch Gesetz Teil der Daseinsvorsorge, nicht aber der Betrieb von Verkehrsunternehmen. Durch die Ausschreibung von Verkehrsleistungen lässt sich der Zuschussbedarf senken. Darüber hinaus entsteht für die politischen Entscheidungsträger Kostentransparenz.

D. Nachhaltige Sanierung mit Konzept

Um über die aktuellen Haushaltsberatungen hinaus zukunftsfähige Strukturen schaffen zu können, sind jetzt Weichenstellungen erforderlich.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung müssen:

- 1) Stringenter als bisher an die Aufgaben- und Ausgabenkritik herangehen, um wichtige Leistungen trotz Sparzwänge sogar ausbauen zu können.
- 2) Mittel für die Modernisierung der Verwaltung bereitstellen, auch für die Begleitung durch Externe.
- 3) Einen Investitionsplan „Zukunft Darmstadt 20XX“ erarbeiten, der die wichtigen Projekte mit Zeitplan priorisiert.

- 4) Das Beteiligungsmanagement beauftragen, die Beteiligungen herauszuarbeiten, auf die zum Schuldenabbau und zur Finanzierung des Investitionsvolumens verzichtet werden kann. Auch hier ist ein Zeitplan zu erarbeiten.
- 5) Die Fachdezernenten und das Beteiligungsmanagement beauftragen, zu überprüfen, mit welchen Maßnahmen verlustbringende Eigenbetriebe und Beteiligungen stabilisiert werden können. Dabei dürfen die Privatisierung und der Einkauf von Leistungen kein Tabu sein.

Darmstadt, 19. Nov. 2007
IHK Darmstadt